

GRUNDWISSEN – 9. KLASSE

Version 2.1

9.1 WEIMARER REPUBLIK

Novemberrevolution (9. Nov. 1918)	Sturz der Monarchie und Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann (SPD) und Karl Liebknecht (Spartakusbund)
Weimarer Verfassung	Die Weimarer Verfassung – die erste demokratische Verfassung Deutschlands , die auch Gültigkeit erlangte (im Gegensatz zu der Verfassung von 1848) Benannt nach dem Ort, an dem sie durch die Nationalversammlung beschlossen wurde, trat am 11. 8. 1919 in Kraft und bildete die gesetzliche Grundlage für die Weimarer Republik.
Vertrag von Versailles (28. Juni 1919)	Der Versailler Vertrag beendete den Ersten Weltkrieg zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten. Er bestimmte die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten, legte die neuen Grenzen , die Reparationszahlungen sowie Rüstungsbegrenzungen für Deutschland fest.
Völkerbund	Internationale Organisation von Staaten, die 1920 zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Nationen gegründet wurde. Der Völkerbund litt von Anfang an darunter, dass wichtige Staaten (USA, Sowjetunion, Deutschland) zunächst bzw. dauerhaft nicht vertreten waren. Das Aufkommen des Faschismus konnte der Völkerbund nicht verhindern.
Inflation	Anhaltende Geldentwertung, die durch Vermehrung der umlaufenden Geldmenge bei gleichbleibender oder sinkender Warenmenge entsteht Der dadurch bedingte Preisanstieg begünstigt Sachwertbesitzer und benachteiligt Lohnempfänger, Sparer und Gläubiger. Im Jahr 1923 erreichte die Inflation in Deutschland astronomische Ausmaße: Mit der Währungsreform im November war eine Billion Papiermark nur noch eine Goldmark wert.
Hitlerputsch (1923)	Putschversuch vom 8./9. Nov. 1923 unter Führung Adolf Hitlers und General Ludendorffs Ziel war es, die Demokratie zu stürzen. Der Putsch in München scheiterte aber an der mangelhaften Planung und Durchführung sowie am Widerstand der Polizeikräfte.

Weltwirtschaftskrise (1929)

Auf Überproduktion und Aktienspekulation reagierte die New Yorker Börse am **25. 10. 1929**, dem „**Schwarzen Freitag**“, mit **einem Börsencrash**, in dessen Verlauf binnen einer Woche die Wertpapiere Verluste bis zu 90% zu verzeichnen hatten. **Geldknappheit, Absatz- und Produktionsrückgang sowie Arbeitslosigkeit waren in den USA die Folge**. Die Krise dehnte sich auch auf Europa aus. **In Deutschland kam es zu Konkursen und Massenentlassungen, wobei die Arbeitslosigkeit im Winter 1932/33 schließlich mit knapp über 6 Millionen Erwerbslosen ihren Höhepunkt erreichte.**

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise wurden in Deutschland Präsidialkabinette gebildet, d. h. Kabinette, die ohne parlamentarische Mehrheit, mit Hilfe von Notverordnungen regierten. Sie waren alleine vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig.

9.2 NATIONALSOZIALISMUS UND ZWEITER WELTKRIEG

30. Januar 1933

Adolf Hitler wurde von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

„Machtergreifung“

Propagandistische Darstellung der Nationalsozialisten zum 30. Januar 1933: **Hitler habe sich die Macht in einer Art nationalen Revolution genommen.**

Tatsächlich war die Machtergreifung ein sich länger hinziehender Prozess, dessen erster wesentlicher Schritt die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 war, aufgrund derer u. a. Verhaftungen ohne richterlichen Haftbefehl möglich waren. Dies bedeutete das Ende des Rechtsstaates.

Nationalsozialismus

Politische Bewegung, die maßgeblich von Adolf Hitler begründet und organisiert wurde und von 1933 bis 1945 die Politik Deutschlands bestimmte

Der Nationalsozialismus erhielt allmählich in Deutschland Auftrieb, nachdem Hitler in der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP) die Parteiführung übernommen und sich durch das „Führerprinzip“ diktatorische Vollmachten verschafft hatte.

Reichstagsbrandverordnung (28. Februar 1933)

Nach dem Reichstagsbrand wurde die „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ erlassen. **Demzufolge durften Personen ohne richterlichen Haftbefehl verhaftet werden. Diese Verordnung bedeutete das Ende des Rechtsstaates.**

Ermächtigungsgesetz (23.3.1933)	Am 23. März 1933 verabschiedete der Reichstag mit 444:94 Stimmen das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Durch das sog. „Ermächtigungsgesetz“ konnten Gesetze durch die Regierung beschlossen werden sowie derartige Gesetze auch von der Verfassung abweichen. Der Reichstag entmachtete sich somit selbst. Hitler konnte ohne parlamentarische Kontrolle regieren und mit Hilfe dieses Gesetzes eine Diktatur aufbauen. Die Gewaltenteilung wurde aufgehoben.
Gleichschaltung	Aufhebung des politisch - gesellschaftlichen Pluralismus zugunsten der NSDAP und ihrer Ideologie. Reichsstatthalter (Aufteilung des Reichs in 12 Reichsbezirke; die Reichsstatthalter standen diesen Bezirken vor und stellten dort die Vertreter Hitlers und der Reichsregierung dar) wurden eingeführt, politische Parteien wurden aufgelöst, missliebige Beamte aus dem Dienst entfernt, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zur „DAF“ (Deutsche Arbeitsfront) vereint => eigentliche Machtergreifung
Nürnberger Gesetze (1935)	Entrechtung der Juden Juden wurden zu Bürgern minderen Rechts degradiert. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Ehen bzw. außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden.
Novemberpogrom (9. 11. 1938)	In der sog. „Reichskristallnacht“ (9./10. November 1938) kam es zu Zerstörungen jüdischer Synagogen und Geschäfte. Diese Pogrome (russisch für Hetze, Ausschreitung) wurden von der SA organisiert.
Antisemitismus	Ablehnung und Bekämpfung der Juden aus religiösen, sozialen, rassistischen Motiven Der Nationalsozialismus betonte besonders den rassistischen Ansatz: Die Juden seien der „Weltfeind“. Hitler sprach von der „Ausrottung des internationalen Judentums“ als Ziel.
Beginn des Zweiten Weltkriegs (1. 9. 1939)	Mit dem deutschen Angriff auf Polen begann der Zweite Weltkrieg.
Wannsee-Konferenz 1942	Auf dieser Konferenz wurde die systematische Ermordung der Juden, die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen. Ganz Europa sollte systematisch nach Juden „durchkämmt“ werden. Die Folge war ein systematischer Völkermord an den Juden.

Konzentrationslager Vernichtungslager	<p>Lager zur Inhaftierung und systematischen Ermordung (Vernichtungslager) von rassistisch Verfolgten (Juden, Sinti und Roma), politischen Gegnern und anderen missliebigen Personengruppen (Homosexuelle, geistig Kranke)</p> <p>Bereits 1933 wurde das Konzentrationslager in Dachau errichtet. Die systematische Ermordung der Juden, die sogenannte „Endlösung der Judenfrage“, wurde 1942 auf der Wannsee-Konferenz beschlossen. Ganz Europa sollte systematisch nach Juden „durchkämmt“ werden. Die Folge war ein systematischer Völkermord an den Juden insbesondere in Vernichtungslagern wie Auschwitz, Sobibor oder Treblinka.</p>
Holocaust Shoa / Schoah	<p>Holocaust (griechisch „Brandopfer“), Shoa (hebräisch „Massenvernichtung menschlichen Lebens“). Bezieht sich besonders auf den Massenmord an den Juden unter den Nationalsozialisten.</p>
Münchener Abkommen (1938)	<p>England, Italien, Frankreich und das Deutsche Reich beschlossen die Abtretung des Sudetenlandes an Hitler-Deutschland.</p>
Widerstand	<p>In Europa und Deutschland regte sich vielfältiger Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er zeichnete sich in Europa nicht zuletzt durch die Partisanen aus. Sie taten sich durch Sabotageakte oder passiven Widerstand hervor.</p> <p>In Deutschland umfasste der Widerstand unterschiedliche gesellschaftliche Schichten. Der Widerstand spiegelte sich in Flugblättern („Weiße Rose“), Attentatsversuchen (Georg Elser) oder Exilarbeit wider.</p>
„Der 20. Juli 1944“	<p>Attentat Graf Schenk von Stauffenbergs auf Adolf Hitler</p> <p>Das Attentat schlug fehl und Stauffenberg und seine Helfer wurden hingerichtet.</p>
8./9. Mai 1945	<p>Bedingungslose Kapitulation Deutschlands</p>

9.3 DIE NACHKRIEGSZEIT

Potsdamer Konferenz (Juli / August 1945)	<ul style="list-style-type: none"> • Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen. • Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wurden unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung gestellt. • Infolgedessen kam es zur Flucht und Vertreibung Deutscher aus den deutschen Ostgebieten. • Das Vorgehen gegenüber Deutschland wird mit den „Fünf Ds“ zusammengefasst: Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Demilitarisierung, Demontage.
---	--

Besatzungszonen	Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt: Sowjetische, amerikanische, britische und französische Besatzungszone.
Entnazifizierung	Die Entnazifizierung in Deutschland spielte sich auf verschiedenen Ebenen ab. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess (20. 11. 1945 - 1. 10. 1946) wurden die Hauptkriegsverbrecher des NS-Regimes verhandelt (Anklagepunkte: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Durch Meldebögen sollte zudem die gesamte Bevölkerung auf seine nationalsozialistische Vergangenheit untersucht werden. Ziel war es, den Nationalsozialismus in Deutschland zu beseitigen und ein Volk von Demokraten zu schaffen.
Verfassung des Freistaates Bayern (1946)	Diese Verfassung trat als erste deutsche Länderverfassung in Kraft.

9.4 DIE ENTWICKLUNG DER ZWEI DEUTSCHEN STAATEN

Währungsreform (1948)	Am 20. Juni 1948 wurde in den Westzonen die DM eingeführt. Die Währungsreform stand in engem Zusammenhang mit der von Ludwig Erhard eingeführten „Sozialen Marktwirtschaft“ und dem sich anschließenden „Wirtschaftswunder“ . Als Reaktion auf die Währungsreform in Westdeutschland wurde in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) die Ostmark eingeführt und die kommunistische Zwangswirtschaft umgesetzt. Dies führte letztlich zu einem Auseinanderklaffen der Westzonen und der Ostzone.
Gründung der beiden deutschen Staaten (1949)	Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der BRD verkündet. Erster Bundeskanzler war Konrad Adenauer und erster Bundespräsident Theodor Heuss. Durch den Begriff „Grundgesetz“ sollte der provisorische Charakter des neuen Staates verdeutlicht werden. Oberstes Ziel musste die gesamtdeutsche Einheit sein. Am 7. Oktober 1949 wurde die Verfassung der DDR in Kraft gesetzt.
Deutsche Frage	Problem der nationalen Frage der Teilung Deutschlands bis zur Wiedervereinigung Ziel der westdeutschen Regierungen war stets die Einheit Deutschlands. Während Adenauer durch den „Alleinvertretungs-

anspruch“ die staatliche Existenz der DDR negierte (die Regierung der BRD nahm für sich das alleinige Recht in Anspruch, politisch für alle Deutschen zu sprechen, da in der DDR keine freien Wahlen stattgefunden hatten), wurde seit Brandts Deutschlandpolitik (1972) die staatliche Existenz der DDR anerkannt. Durch die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde die Einheit Deutschlands vollbracht.

9.5 DER OST-WEST-KONFLIKT

„Kalter Krieg“

Nach 1945 war es zu einem **wirtschaftlichen sowie politischen Auseinanderklaffen von Staaten** gekommen. Auf der einen Seite standen die **unter dem Einfluss der Amerikaner stehenden Staaten** und auf der **anderen Seite die von der Sowjetunion abhängigen Staaten**. Folge dieser **Blockbildung in Europa** war der weltweite **Ost-West-Konflikt** und der **„Kalte Krieg“**, in dem sowohl die **USA als auch die UdSSR ihre Machtbereiche ausbauen wollten**. Aufgrund der atomaren Gefahr sollte dies jedoch nicht durch kriegerische Mittel geschehen.

Westintegration

Politik der BRD seit Konrad Adenauer. **Einbindung der BRD in die westliche Staatenwelt:**

Wirtschaftliche Eingliederung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und militärpolitisch in die NATO.

NATO

North Atlantic Treaty Organization / Nordatlantikpakt:

Transatlantisches Verteidigungsbündnis unter der Führung der USA. Die BRD trat dem Bündnis 1955 bei. Die NATO kam 1949 vor dem Hintergrund der sowjetischen Bedrohung nach dem Zweiten Weltkrieg zustande.

Warschauer Pakt

1955 gegründetes **Militärbündnis der Ostblockstaaten unter der Führung der Sowjetunion.**

Volksaufstand in der DDR (17. Juni 1953)

Das Volk in der DDR erhob sich gegen das SED-Regime für mehr Rechte und Freiheit.

Die Erhebung wurde von sowjetischen Panzern niedergeschlagen.

Mauerbau 1961

Am 13. August 1961 begann der **Mauerbau quer durch Berlin**. Die Mauer trennte die Westsektoren von Ostberlin.

Der Mauerbau war die Reaktion des DDR-Regimes auf die Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen bis 1961. Zuvor schon ließ die SED an der deutsch-deutschen Grenze Stacheldrahtzäune und Wachtürme errichten und erließ zudem den Schießbefehl, der Fluchtversuche gezielt vereiteln sollte.

9.6 DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG

Elysée-Vertrag (1963)

Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag, der vom franz. Staatspräsidenten Charles de Gaulle und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer im Elysée-Palast in Paris geschlossen wurde. Er beschloss regelmäßige Konsultationen der beiden Staaten auf höchster Staatsebene und regte zudem die Schaffung des deutsch - franz. Jugendwerks an. Insgesamt sollte der Vertrag zur Versöhnung und freundschaftlichen Verständigung der einstiegen „Erzfeinde“ Deutschland und Frankreich beitragen.

Europäische Einigung

In den **Römischen Verträgen** schlossen sich Italien, Frankreich, die BRD und die Benelux-Staaten zur **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** zusammen. 1967 entstand dann aus der Montanunion, EWG und EURATOM (Europäische Atombehörde) die **Europäische Gemeinschaft (EG)**. Seit dem **Vertrag von Maastricht 1992** spricht man nun von der **Europäischen Union (EU)**. Der Vertrag von Maastricht ruht auf drei Säulen (1. Die Europäischen Gemeinschaften: Zollunion, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion / 2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik / 3. Bestimmungen zur gemeinsamen Innen- und Rechtspolitik).

9.7 WELTWEITE ENTWICKLUNGEN

Nahostkonflikt

Nach der Gründung des Staates Israel 1948 kam es immer wieder zu militärischen **Konflikten zwischen Palästinensern und Arabern auf der einen Seite und Israel** um das von Israel gehaltene Gebiet.

Nord-Süd-Konflikt

Wirtschaftlicher Gegensatz zwischen den reichen Industrienationen der Ersten Welt und den armen Ländern der Dritten Welt

UNO (United Nations Organization)

Die Vereinten Nationen wurden als Nachfolgeorganisation für den nicht sehr erfolgreichen →Völkerbund aus der verheerenden Erfahrung zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert 1945 in San Francisco gegründet. **Ziel der UN ist eine dauerhafte Friedenssicherung, womit sich der Weltsicherheitsrat (5 ständige Mitglieder: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China sowie 10 weitere Mitgliedsstaaten) befasst.** Die UN setzt dabei auf die friedliche Zusammenarbeit verschiedener Nationen bei der Lösung wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Probleme, aber auch auf enge Kooperation in Fragen internationaler Sicherheit.

